

Analysen

Einkommens- entwicklung

**” ÖsterREICH
oder ÖsterARM? “**

August
2012

Zusammenfassung

- Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Schweizer Investmentbank UBS errechnete, dass die sogenannten „Geberländer“ im Euro nicht vom Euro profitierten, im Gegenteil sogar Einkommenseinbußen hinnehmen mussten, besonders stark in Österreich.
- Vorweg unsere Key-Messages hierzu:
 - Die in der UBS-Studie für Österreich angegebenen Realeinkommensverluste von durchschnittlich über 20 Prozent bzw. über 30 Prozent für untere Einkommen seit dem Jahr 2000 sind definitiv falsch. Dies zeigt nicht nur der Vergleich mit den vorhandenen Daten, sondern auch der Vergleich mit anderen Ländern. Die Aussage, dass in Österreich der Lebensstandard seit der Einführung des Euro um ein Drittel gesunken sein soll, ist volkswirtschaftlich daher nicht haltbar.
 - Je nachdem, ob man das gesamte verfügbare Realeinkommen nimmt (Anstieg seit 2000 um 11 Prozent), das verfügbare Realeinkommen pro Person (Anstieg 6 Prozent) oder pro Haushalt (leichter Rückgang real um 1 Prozent) kommt man zu unterschiedlichen Werten, in jedem Fall aber zu deutlich höheren Werten als in der Studie von UBS.
 - Grund für die unterschiedliche Entwicklung von Gesamteinkommen, pro Kopf Einkommen und Haushaltseinkommen ist simpel der Anstieg der Bevölkerung und der noch stärkere Anstieg der Haushalte aufgrund schrumpfender Haushaltsgröße. Aus unserer Sicht beschreibt die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens am besten die Situation, die Einkommen in Österreich sind also seit 2000 rund 6 Prozent real gestiegen
 - Der in der Studie attestierte Zusammenhang zwischen der schwachen Einkommensentwicklung besonders reicher Euroländer und der Euroeinführung ist ebenso nicht nachvollziehbar: Denn alle wohlhabenderen Länder (wie etwa nicht Euro-Länder USA, UK, Dänemark, aber auch die Schweiz) erlebten in den letzten Jahren nur schwache Realeinkommensentwicklungen. Im Vergleich mit vielen Nicht-Euro-Ländern steht Österreich sogar etwas besser da, der Realeinkommensrend verlief ähnlich wie in der Schweiz.
- Fazit: Neben den falschen Österreich-Daten ist vor allem der in der UBS-Studie hergestellte, angebliche Zusammenhang zwischen dem Phänomen der schwachen Einkommensentwicklung unterer Einkommensgruppen und dem Euro verfehlt und basiert nicht auf seriösen und nachvollziehbaren Schlussfolgerungen.

Autor: Stefan Bruckbauer, Walter Pudschedl

Impressum
Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:
UniCredit Bank Austria AG
Economics & Market Analysis Austria
Schottengasse 6-8
1010 Wien
Telefon +43 (0)50505-41952
Fax +43 (0)50505-41050
e-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

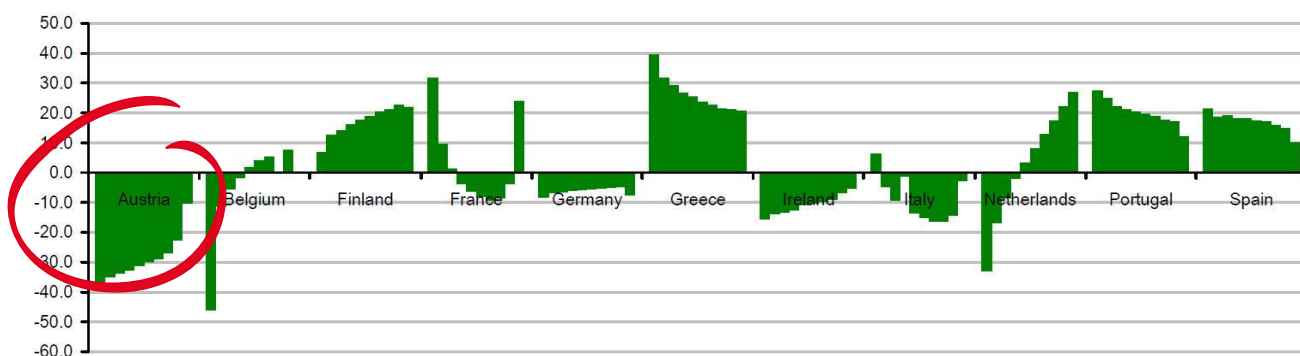
Stand: August 2012

ÖsterREICH oder ÖsterARM?

- Gemäß einer Studie¹ des UBS Investment Research mit Sitz in London, die in Österreich für relativ große Aufmerksamkeit sorgte, weist das real verfügbare Haushaltseinkommen in Österreich zwischen dem Jahr 2000 und 2010 einen Rückgang um durchschnittlich deutlich mehr als 20 Prozent aus. Das wäre der mit großem Abstand stärkste Einbruch aller elf untersuchten Mitgliedsländer der Eurozone.
- Alle Einkommensgruppen (Einkommensdezile) hätten nach diesen Berechnungen in diesem Zeitraum hohe reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die niederste Einkommensgruppe (untere zehn Prozent der Bevölkerung) steht einem Realeinkommensverlust von sogar 35 Prozent, also mehr als ein Drittel (!), gegenüber. Auch die höchste Einkommensgruppe hätte Einbußen, jedoch „nur“ von rund 10 Prozent zu verzeichnen.
- Nach Einschätzung der UBS sind diese „alarmierend schwachen“ Daten durch ein geringes nominelles Wachstum der Haushaltseinkommen sowie die hohe Inflation in Österreich verursacht.

STÄRKSTE EINKOMMENSEINBUßEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNG IM EURORAUM ZWISCHEN 2000-2010?

Real verfügbares Haushaltseinkommen im Euroraum, nach Einkommensdezilen, 2000 bis 2010, kumulative Veränderung

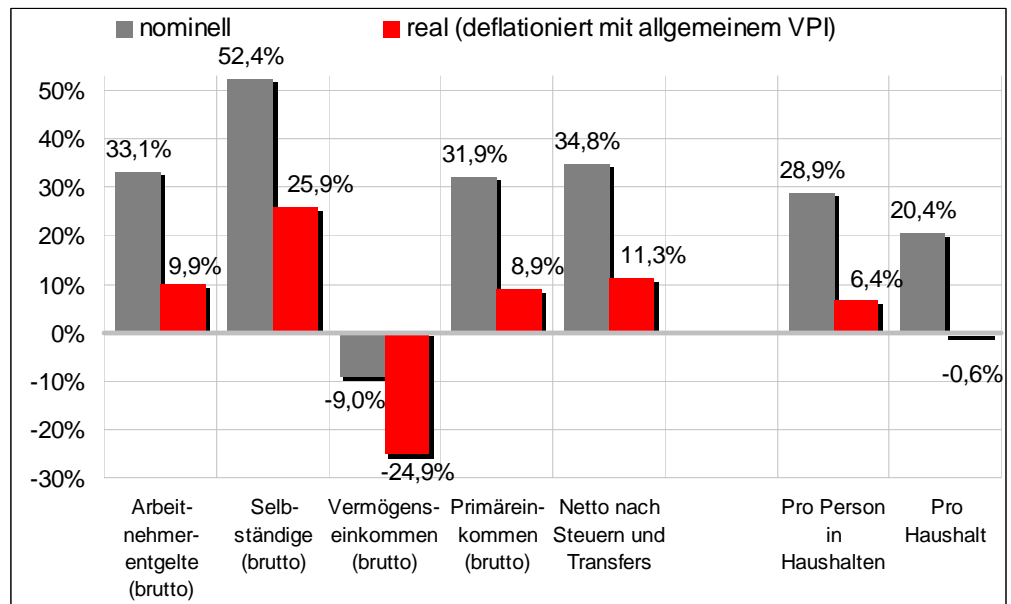


Source: UBS

- Die Ergebnisse der Studie sind für uns NICHT nachvollziehbar und stehen im Gegensatz zu allen uns vorliegenden Daten. Im Detail:
- **Starker Anstieg der Einkommen in Österreich:** Das verfügbare Nettoeinkommen der privaten Haushalte auf Basis der Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ist in Österreich zwischen 2000 und 2010 von 125,7 Mrd Euro auf 169,4 Mrd. Euro, also um fast 35 Prozent nominell gestiegen. Inflationsbereinigt mit dem allgemeinen Verbraucherpreisindex (Statistik Austria) ergibt sich ein Plus von 11,3 Prozent, bereinigt mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (Eurostat) ergibt sich ein Plus um 12,2 Prozent. Die Einkommen der selbständig Erwerbstätigen ist dabei stärker, um 52 Prozent gestiegen. Die Bruttoarbeitseinkommen um 33 Prozent.

¹ "Who wins with the Euro?", UBS Investment Research, European Weekly Economic Focus, 17. August 2012

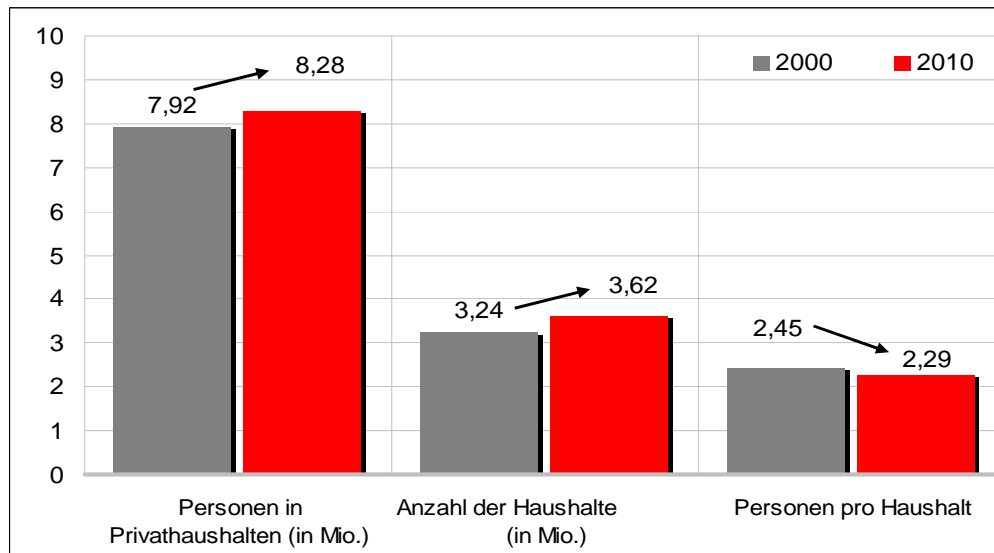
Entwicklung der Einkommen in Österreich (2000-2010)



Quelle: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

- VGR-Daten überschätzen den tatsächlichen Anstieg:** Im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 ist in Österreich auch die Bevölkerung stark gestiegen. Die Anzahl der Personen, die in Haushalten leben, nahm von 7,9 Millionen auf mittlerweile 8,3 Millionen zu. Für das verfügbare Nettoeinkommen der privaten Haushalte pro Person reduziert sich daher der Anstieg von 35 Prozent auf 29 Prozent nominell bzw. von 11,3 Prozent auf 6,4 Prozent real. Diese Zahlen widerspiegeln nach unserer Ansicht am besten, wieviel in Österreich heute nominell und real mehr verdient wird als im Jahr 2000.
- Anzahl und Größe der Haushalte hat sich verändert:** Allerdings gilt weiters zu berücksichtigen, dass sich seit dem Jahr 2000 auch die Größe der Haushalte, also die Anzahl der in einem Haushalt lebenden Menschen, verringert hat. D.h. die Zahl der Haushalte stieg stärker als die Zahl der Personen. Heute gibt es in Österreich 3,7 Millionen Haushalte gegenüber 3,2 Millionen im Jahr 2000. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist also heute geringer, da es vor allem mehr Einpersonenhaushalte gibt. Damit ergibt sich für das durchschnittliche Haushaltseinkommen ein geringerer Anstieg als für die Personeneinkommen und zwar statt 29 Prozent lediglich 20 Prozent nominell und real sogar ein leichter Rückgang um 1 Prozent statt eines Anstiegs um 6 Prozent. Da aus den Daten der VGR keine Berechnung nach Einkommensgruppen möglich ist, greifen wir in weiterer Folge in der Analyse auf Daten für die Einkommensentwicklung der unselbständig Erwerbstätigen aus der Lohnsteuerstatistik zurück. Die dabei auftretende sehr geringe Schere in den Daten ist vernachlässigbar.

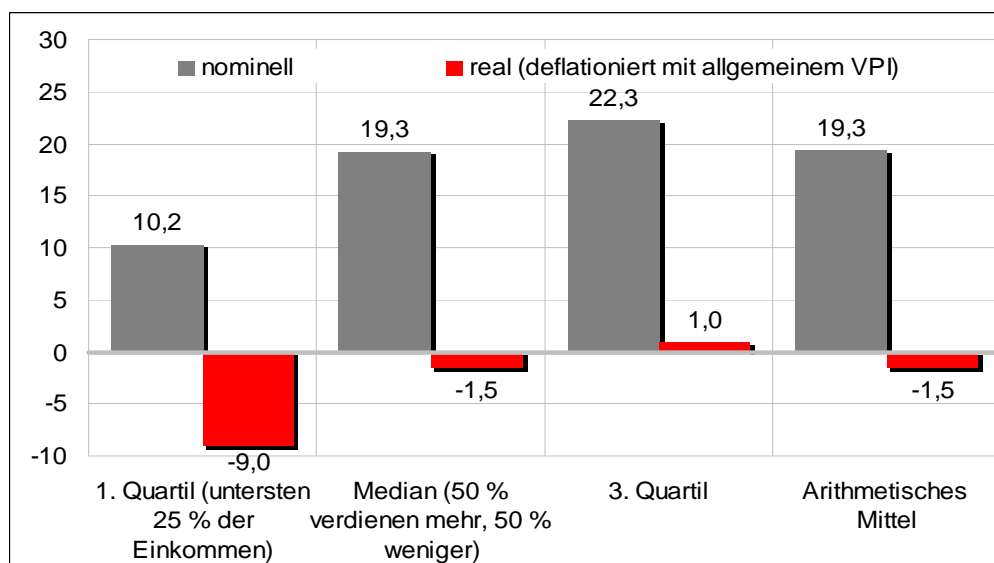
Bevölkerungs- und Haushaltstrends in Österreich (2000-2010)



Quelle: Statistik Austria

- Realeinkommen in etwa stabil:** Österreichs Haushalte können heute also pro Person über ein Einkommen, das real rund 6 Prozent höher ist als vor zehn Jahren, verfügen. Allerdings gilt dies nur im Durchschnitt, nach Einkommensgruppen gibt es Unterschiede. Nimmt man das Nettoeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen, für die nach Einkommensklassen Daten vorhanden sind, so ergibt sich folgendes Bild: Hier zeigt sich im Durchschnitt (Mittel) ein leichter Realeinkommensrückgang von 1,5 Prozent, was in etwa zum leichten Anstieg von rund 6 Prozent bei allen verfügbaren Personeneinkommen (siehe oben) passt. Im untersten Einkommensquartil ergibt sich ein Minus um rund 9 Prozent, im oberen Bereich sind die Einkommen dagegen real gestiegen. Dieses Ergebnis einer sehr moderaten Einkommensentwicklung in Österreich mit Einkommensverlusten im Niedriglohnbereich ist plausibel und auch bereits seit langem bekannt und diskutiert.

Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen (Veränderung in %, 2000-2010)

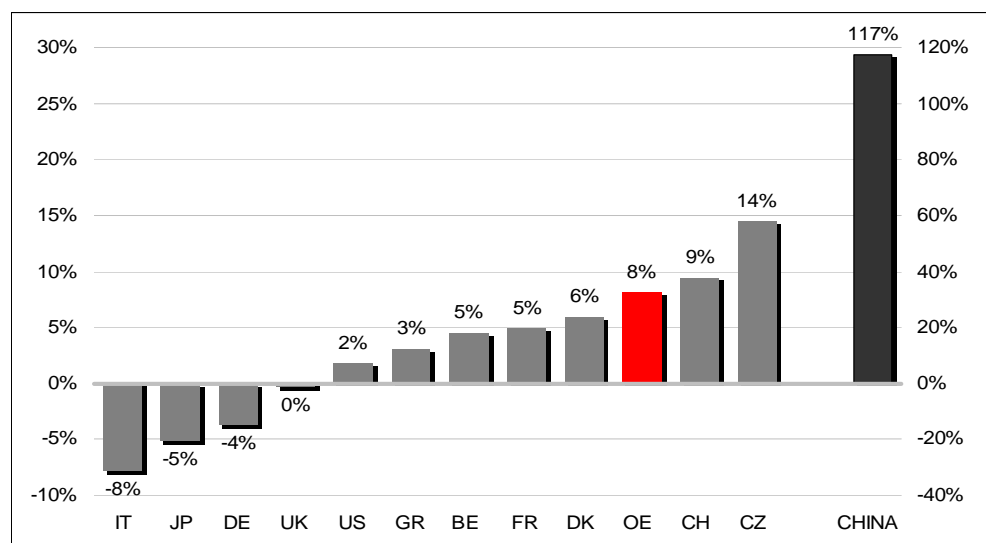


H1) Ohne Lehrlinge. Bruttojahresbezüge gemäß § 25 EStG abzüglich der einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge und abzüglich der insgesamt einbehaltenen Lohnsteuer (vor Arbeitnehmerveranlagung)

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerdaten - Sozialstatistische Auswertungen.

- **Bessere Einkommensentwicklung als in Deutschland:** Im Vergleich mit den Daten für Deutschland zeigt sich die Problematik des Ergebnisses der UBS-Berechnung besonders. Gemäß den Daten von Euromonitor (dies sind jene Daten, die auch von UBS verwendet wurden) sind die verfügbaren realen Haushaltseinkommen in Österreich zwischen 2003 (das Jahr 2000 wird in der Quelle selbst nicht angegeben) und 2010 um rund 8 Prozent gestiegen. In Deutschland kam es in diesem Zeitraum zu einem Rückgang um rund 4 Prozent. Die Daten zeigen damit für Deutschland eine noch moderatere Einkommensentwicklung an als für Österreich, während UBS einen deutlich stärkeren Einkommensverlust in allen Einkommensdezilen in Österreich gegenüber Deutschland erkennt.

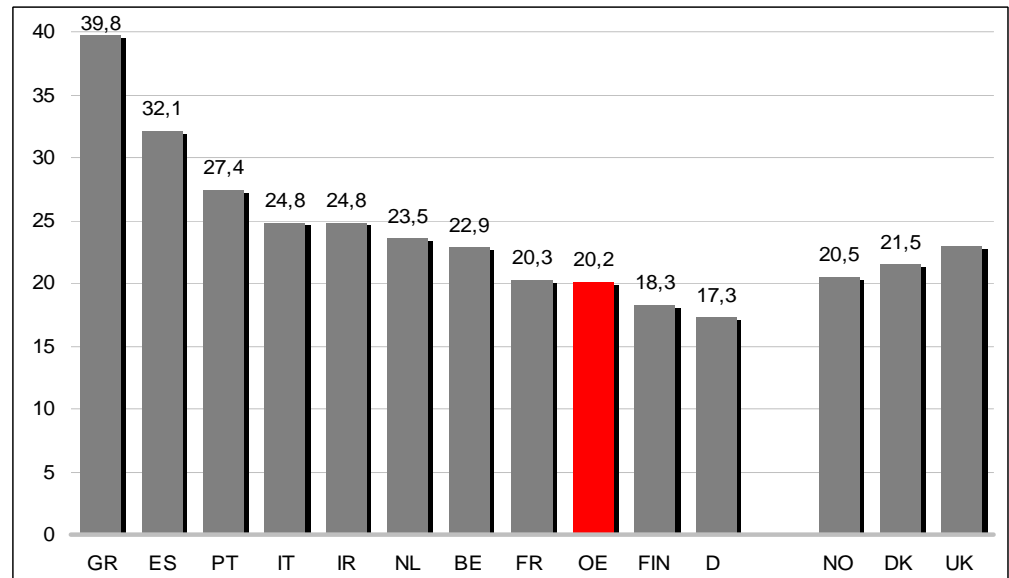
Entwicklung der realen Haushaltseinkommen (2003 - 2010)



Hinweis: Wert für China auf rechter Skala abgebildet
 Quelle: Euromonitor, konstante Preise 1995, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

- **Keine außergewöhnlich hohe Teuerung:** Die Behauptung in der UBS-Studie, die hohe Inflation in Österreich ist ein wesentlicher Grund für die realen Einkommensverluste, ist nicht nachvollziehbar. Die Inflation, also die Veränderung des allgemeinen Preisniveaus und nicht dessen absolute Höhe, hat in Österreich zwischen 2000 und 2010 kumuliert 20,2 Prozent betragen. Damit lag die Teuerung unterhalb des Durchschnitts der Eurozone und auch unterhalb vieler Länder außerhalb der Eurozone, wie Schweden, UK oder Dänemark. Im Vergleich zu Deutschland war die Teuerung zwar höher, jedoch nur um insgesamt 2,8 Prozentpunkte. Die hohen Unterschiede im Ergebnis der UBS-Berechnung zwischen Österreich und Deutschland sind dadurch nicht erklärbar.

Anstieg des Preisniveaus (2000 – 2010, kumuliert in Prozent)



Quelle: Datastream, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

- **So starke Inflationsdifferenziale zwischen Einkommensgruppen sehr fraglich:** Die Heranziehung einer auf die unterschiedlichen Konsumgewohnheiten der einzelnen Einkommensgruppen angepassten Inflationsrate für die Berechnung der Realeinkommen ist methodisch zwar sinnvoll, die Werte können jedoch nicht nachvollzogen werden. Für Griechenland, das im UBS-Bericht als Beispiel für starke Inflationsunterschiede für Niedrig- und Hochlohngruppen herangezogen wird, beträgt der ausgewiesene Unterschied über die zehnjährige Untersuchungsperiode zwischen dem untersten und dem höchsten Dezil rund 5 Prozentpunkte. In Deutschland, das strukturell mit Österreich besser vergleichbar ist, wird von UBS aufgrund größerer Homogenität der Einkommensgruppen dieser Unterschied als sehr gering bezeichnet. Besonders starke Inflationsunterschiede sind daher auch für Österreich nicht anzunehmen, die eine so deutliche, wie in der Studie der UBS ausgewiesene, Abweichung von der durchschnittlichen Inflationsentwicklung erwarten lassen. Damit ergibt sich auch unter Berücksichtigung einer höheren Inflation für niedrigere Einkommen in Österreich ein Realeinkommensverlust im Bereich von rund 10 Prozent seit 2010, nicht jedoch von deutlich über 30 Prozent wie in der UBS Studie.
- **Moderate Einkommensentwicklung unabhängig von Euroeinführung:** Es ist unserer Ansicht nach auch nicht legitim, zwischen der moderaten Einkommensentwicklung bzw. den realen Einkommensverlusten einiger Bevölkerungsgruppen in Österreich bzw. in anderen Euroländern zwischen 2000 und 2010 und der Einführung des Euros einen direkten Zusammenhang herzustellen. Nach den von Euro-monitor vorliegenden Daten zur Entwicklung der realen Haushaltseinkommen weisen die USA, aber auch die EU-Länder UK und Dänemark, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, eine noch zurückhaltendere Einkommensentwicklung als Österreich auf.
- **Inflation in Eurozone geringer als außerhalb:** Die Inflationsrate war im Zeitraum 2000 bis 2010 in den Euro-Mitgliedsstaaten Deutschland und auch Österreich mit kumulierten 17,4 bzw. 20,2 Prozent geringer als etwa im Nicht-Euro-Land Dänemark (21,5 Prozent) oder im Vereinigten Königreich (23 Prozent). Die Teilnahme an der Währungsunion hat also eine hohe Preisstabilität in den Mitgliedsländern nicht verhindert bzw. die Nicht-Teilnahmen nicht automatisch zu niedrigerer Inflation geführt.
- **Fazit:** Die Einkommensentwicklung in Österreich war im vergangenen Jahrzehnt tatsächlich sehr moderat. Einkommenseinbußen von durchschnittlich mehr als 20 Prozent und für mehr als die Hälfte der Bevölkerung mehr als 30 Prozent, wie in der UBS-Studie angeführt, sind allerdings nicht nachvollziehbar,

sowohl hinsichtlich problematischer Nominaleinkommensdaten als auch aufgrund der vermutlich angenommenen Deflationierung mit Einkommensgruppenspezifischen Inflationswerten – allerdings sind Datendetails zur Studie nicht verfügbar, was uns auf Vermutungen beschränkt. Die moderate Einkommensentwicklung in Österreich kann nach unserer Einschätzung nicht mit der Teilnahme an der Europäischen Währungsunion erklärt werden. Vielmehr sind veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen, wie die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Europa, die Globalisierung und zunehmende Internationalisierung, die insbesondere auf die wohlhabenderen Industrieländer, wie Österreich, große Wirkung zeigen. In der Studie von UBS wird besonders auf die Problematik des Euro eingegangen und gewertet, wer vom Euro profitierte und wer nicht mit dem zu erwartenden Ergebnis, dass Länder mit Aufholpotenzial und niedrigeren Einkommensniveaus zu Beginn des Euro besser aussteigen als die bereits zu Beginn wohlhabenderen Länder. ABER: Es wird kein kausaler Grund gesucht, sondern simpel ein Zusammenhang unterstellt. So hätte die Darstellung einiger Nicht-Euro-Länder wie Dänemark, UK oder auch die Schweiz genügt, um zu zeigen, dass nicht der Euro für die schwächere Einkommensentwicklung in den reicheren Ländern verantwortlich war. Also neben den falschen Daten für Österreich noch ein Argument gegen die Studie von UBS. Mit strukturellen Veränderungen in Zusammenhang mit der Globalisierung sind insbesondere die Einkommenseinbußen der untersten Einkommensgruppen in den wohlhabenderen Ländern viel besser erklärbar, da es zu Verlagerung von unqualifizierten Tätigkeiten kam. Dies ist auch bereits Gegenstand intensiver Diskussionen, die jedoch in der Zusammenstellung von UBS ignoriert wird.

- **Die gemeinsame Währung hat der österreichischen Wirtschaft positive Ergebnisse gebracht bzw. diese zumindest nicht verhindert:** Stabile Wechselkursverhältnisse haben zur spürbaren Verringerung von Transaktionskosten im Außenhandel geführt und diesen belebt. Das Außenhandelsvolumen ist im Zeitraum von 2000-2010 um 75 Prozent gestiegen, damit wurden tausende qualifizierte Arbeitsplätze in Österreich gesichert bzw. geschaffen. Die Beschäftigungsdynamik ist, unterstützt durch Liberalisierungstendenzen (z.B. Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, Geringfügige Beschäftigungsmöglichkeiten), deutlich gestiegen und im Jahr 2011 erreichte die durchschnittliche Beschäftigung mit über 3,4 Mio. ein neues Rekordniveau. Es waren damit um fast 300.000 bzw. 9 Prozent mehr Jobs in Österreich verfügbar als im Jahr 2000.
- **Die Aufrechterhaltung einer gerechten Einkommensverteilung bei gleichzeitig hohem Einkommensniveau war besonders in den letzten Jahren eine Herausforderung.** Besonders für untere Einkommen in Österreich brachten die letzten Jahre kaum Realeinkommensgewinne. Allerdings konnte gleichzeitig ein hoher Beschäftigungsstand gehalten werden, es kam daher auch zu keinen Einbrüchen bei den Realeinkommen. Im zukünftigen Kampf um höhere Einkommen und gerechte Einkommensverteilung werden EU und Euro Österreich aus unserer Sicht eher helfen als eine von vielen propagierte Isolation wie in den 30er Jahren.
- **Am Ende muss leider doch der dumme Satz zitiert werden: „Ich traue keiner Statistik, die ich nicht selbst gefälscht habe....“.**

Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria finden Sie im Internet unter [www.bankaustria.at / Analysen & Research / Economic Research](http://www.bankaustria.at/Analysen&Research/EconomicResearch) oder direkt unter <http://economicresearch.bankaustria.at>.

Wenn Sie über die neuesten Veröffentlichungen informiert werden wollen, laden wir Sie ein, sich für den Newsletter, die Bank Austria EconomicNews, zu registrieren. Sie können dies ganz einfach über die Homepage www.bankaustria.at.

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at

Ohne unser Obligo:

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation veröffentlichten Informationen stellen kein Angebot oder Aufforderung zu einem Angebot dar.

Impressum:

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG

1010 Wien, Schottengasse 6 – 8

Redaktion: Stefan Bruckbauer, Walter Pudschedl

Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Willibald Cernko (Vorsitzender des Vorstandes), Gianni Franco Papa (stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes), Massimiliano Fossati, Francesco Giordano, Rainer Hauser, Dieter Hengl, Doris Tomanek, Robert Zadrazil,

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Erich Hampel (Vorsitzender des Aufsichtsrates), Paolo Fiorentino (stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates), Candido Fois, Karl Guha, Jean Pierre Mustier, Roberto Nicasro, Vittorio Ogliengo, Franz Rauch, Karl Samstag, Wolfgang Sprißler, Ernst Theimer, Wolfgang Heinzl, Adolf Lehner, Emmerich Perl, Barbara Wiedernig, Josef Reichl, Robert Traunwieser.

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,995Prozent der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link

<https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html>

sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich)

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie

die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,005Prozent am Medieninhaber beteiligt.